

Welche Folgen hat der demografische Wandel für den Einzelnen?

Häufig wird der demografische Wandel unter volkswirtschaftlichen Aspekten auf der Makroebene thematisiert. Doch die demografische Entwicklung schlägt sich auch auf der Mikroebene nieder: Sie hat vielfältige und konkrete Implikationen für die einzelne Bürgerin und den einzelnen Bürger. Um die demografische Herausforderung als gesellschaftliche Aufgabe zu bewältigen, müssen Individuum, Politik und Wirtschaft Verantwortung übernehmen.

Was bedeutet der demografische Wandel für den einzelnen Menschen?

Der Begriff des demografischen Wandels beschreibt Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung, die sich vor allem auf die Größe der Bevölkerung und ihre Altersstruktur beziehen, wobei auch Migration eine wichtige Rolle spielt. Die Betrachtung der demografischen Entwicklung steht oft im Kontext makroökonomischer Analysen, da zentrale demografische Aspekte wie Fertilität, Mortalität und Migration sich unmittelbar auf die wirtschaftliche Situation eines Landes und auf die öffentlichen Finanzen auswirken. So sorgte etwa der Babyboom der 1960er Jahre „lange Zeit für ein großes Erwerbspersonenpotenzial. Wenn aber die Babyboomer in den nächsten Jahrzehnten nach und nach ins Rentenalter kommen und nach ihnen die deutlich schwächer besetzten Jahrgänge der 1990er- und 2000er Jahre ins Erwerbsalter folgen, werden die umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme viel stärker als bisher belastet.“ [1]

Doch die demografische Entwicklung beeinflusst nicht nur die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sie wirkt sich auch in vielfältiger Weise auf die individuellen Lebensverhältnisse der jeweiligen Generationen aus. Die konkreten Implikationen des demografischen Wandels für die Bürger:innen und daraus resultierende neue Herausforderungen für den einzelnen Menschen werden in der öffentlichen Debatte bislang allerdings noch wenig oder nur selektiv thematisiert. So konzentriert sich die Aufmerksamkeit beispielsweise oft auf das Thema Rente. Die Implikationen des demografischen Wandels für den Einzelnen sind jedoch vielfältiger. In diesem Impulspapier werden einige zentrale Aspekte herausgearbeitet und die sich daraus ergebenden Anforderungen an das Individuum aufgezeigt.

Längere Erwerbstätigkeit

Der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung geht demografisch bedingt in den nächsten Jahren deutlich zurück, während der Anteil der Rentner:innen stark wächst. So wird es laut dem Statistischen Bundesamt im Jahr 2060 je nach Szenario 2 bis 10 Millionen Erwerbspersonen weniger geben. [2] Ein bedeutender Faktor dabei ist die zahlenmäßig starke Babyboomer-Generation, die nun ins Rentenalter kommt. [3] Was bedeutet diese Entwicklung konkret für die Menschen?

Für die (jüngeren) Erwerbstätigen ist die Folge, dass im Hinblick auf die zukünftige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme grundsätzlich eine verhältnismäßig größere Last auf den Schultern jedes Einzelnen liegt als dies für frühere Generationen der Fall war. Betrug das Verhältnis zwischen Bezieher:innen von Altersrenten und Beitragszahler:innen Anfang der 1960er Jahre noch 1 zu 6, belief es sich bereits 2019 auf nur noch rund 1 zu 2. [4]

Wie genau diese größere Last geschultert werden kann und sollte, ist Gegenstand politischer Diskussionen. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium hat jüngst vor „schockartig steigenden Finanzierungsproblemen in der gesetzlichen Rentenversicherung ab 2025“ gewarnt und festgestellt, dass „das Renteneintrittsalter nicht langfristig von der Entwicklung der Lebenserwartung abgekoppelt werden“ könne. [5] Laut dem wissenschaftlichen Gutachten muss es perspektivisch auf eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 68 Jahre hinauslaufen. In der Politik traf der Vorschlag bisher überwiegend auf Ablehnung, doch auch aus Sicht des Instituts der deutschen Wirtschaft ist eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit „ökonomisch unvermeidbar“. Eine aktuelle Studie des Instituts geht sogar davon aus, dass die Rente mit 70 nötig wäre, „um den

Anstieg des Beitragssatzes zu bremsen und das Sicherungsniveau zu stabilisieren“. [6] Somit steht die Aussicht, regulär **über das 67. Lebensjahr hinaus erwerbstätig sein** zu müssen, als realistisches Szenario und wahrscheinliche Folge des demografischen Wandels für die (noch jüngeren) Menschen im Raum.

Doch auch unabhängig von der gesetzlichen Regelaltersgrenze gewinnt die Erwerbstätigkeit im Rentenalter im Kontext einer gestiegenen Lebenserwartung an Bedeutung. Der Anteil der Menschen, die über das 65. Lebensjahr hinaus noch erwerbstätig waren, hat sich in den zehn Jahren von 2009 bis 2019 von 4 Prozent auf 8 Prozent verdoppelt. [7] Dabei spielte für mehr als ein Drittel, nämlich 38 Prozent, die fortgesetzte Erwerbstätigkeit eine wichtige Rolle für den Lebensunterhalt. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die Arbeit für die meisten älteren Erwerbstätigen bis jetzt noch eher einen Zuverdienst darstellt – besonders häufig sind es Selbstständige und Hochqualifizierte, die über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus weiter arbeiten. [8] Aber da unsicher ist, wie sich das Rentenniveau entwickeln wird, könnte der Anteil der Menschen, die im Alter noch arbeiten (müssen), um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, in Zukunft womöglich steigen.

Die Unsicherheiten, mit denen die spätere Rente behaftet ist, verleihen auch dem Thema der zusätzlichen Altersvorsorge weiteren Nachdruck. Die aktive **Auseinandersetzung mit Vorsorgemöglichkeiten** gewinnt für den einzelnen Bürger, die einzelne Bürgerin im demografischen Wandel weiter an Bedeutung. Der anhaltende Nullzins stellt in diesem Zusammenhang eine besondere Herausforderung dar.

Steigende Lebenserwartung und Gestaltung einer neuen Lebensphase

Die Lebenserwartung in Deutschland hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten kontinuierlich zugenommen. Betrug die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt im Jahr 1950 noch 68,5 Jahre für Frauen und 64,6 Jahre für Männer, liegt sie für heute neugeborene Mädchen und Jungen bei 83,4 bzw. 78,6 Jahren. [9] [10] Es wird damit gerechnet, dass sich dieser langfristige Trend fortsetzt und die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt im Jahr 2060 bei rund 88 bzw. 84 Jahren liegen wird. [11] Als zentrale Faktoren in dem

Zusammenhang werden „verbesserte Lebensumstände, rückläufige Raucherquoten und Alkoholkonsum sowie weitere Verbesserungen in der medizinischen Versorgung“ genannt. [12] Das bedeutet, dass immer mehr Menschen mit einer **längeren gesunden und aktiven Lebensphase im höheren Alter** rechnen können, wobei sich diesbezüglich nicht nur durch genetische Veranlagungen, sondern etwa auch durch das Bildungsniveau und die Erwerbsbiografie Unterschiede ergeben können. [13] Die verlängerte Lebenszeit eröffnet neue Gestaltungsspielräume und wirft für den einzelnen Menschen verstärkt die Frage auf, wie die Phase eines neuen dritten Lebensabschnitts genutzt werden soll. [14] Eine verlängerte Erwerbsphase ist hier offenbar für viele eine Option. So können sich laut einer forsa-Umfrage im Auftrag der Körber-Stiftung zwei von drei der 50- bis 75-Jährigen vorstellen, auch im Rentenalter einer Arbeit nachzugehen. Dies knüpfen sie jedoch an bestimmte Bedingungen, wie z.B. Spaß an der Arbeit, autonome Zeiteinteilung oder auch einen Mehrwert ihrer Arbeit für andere. [15] Eine andere Perspektive für das aktive Rentenalter liegt für viele im gesellschaftlichen Engagement: 73 Prozent der 50- bis 75-Jährigen ziehen in Erwägung, sich im Alter gesellschaftlich zu engagieren. [16] Ob sich dieses Potenzial für freiwilliges Engagement entfalten lässt, wird jedoch wohl nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit eine fortgesetzte Erwerbstätigkeit zum Bestreiten des Lebensunterhalts zukünftig für mehr Menschen notwendig wird.

Soziale Einbindung im Kontext sich wandelnder Familiensituationen

Weitere Aspekte des demografischen Wandels, die sich auf das Leben auf individueller Ebene auswirken, sind eine gesunkene Geburtenrate und eine gestiegene Mobilität. Diese bedeuten für die einzelne Person, dass sie immer weniger darauf bauen kann, im Alter im Kreise der Familie sozial eingebunden zu sein und bei Bedarf im Alltag von Familienangehörigen unterstützt zu werden.

Erstens bekommen die Menschen in Deutschland heute weniger Kinder als früher: Brachten die Mütter der Babyboomer-Generation im Durchschnitt noch 2,2 Kinder zur Welt, lag die Zahl bei den Babyboomern selbst nur noch bei 1,4 Kindern pro Frau. [17] Daran hat sich bis heute nicht viel

geändert: 2019 lag die Geburtenziffer nur knapp darüber bei rund 1,5. [18]

Zweitens haben sich im Zuge von Prozessen der Binnenwanderung die Wohnentfernungen zwischen Eltern und ihren erwachsenen Kindern im Zeitverlauf vergrößert: 1996 galt noch für 38,4 Prozent der Eltern, dass ihre Kinder in der Nachbarschaft oder im gleichen Ort lebten; 2014 traf dies nur noch auf 25,8 Prozent der Eltern zu und bei hochgebildeten Eltern waren es sogar nur 19,9 Prozent. [19]

Diese Entwicklungen bedeuten für den einzelnen Menschen, dass er zunehmend gefordert ist, nicht nur finanziell, sondern gleichsam auch sozial für sein Alter vorzusorgen und (auch) **in nichtfamiliäre soziale Netze zu investieren**, d.h. in Beziehungen zu Nachbarn, Freunden und Bekannten.

Leisten und Empfangen von Pflege

Eine gravierende Folge des demografischen Wandels ist die steigende Zahl alter und pflegebedürftiger Menschen. Bis 2050 ist mit einem Anstieg der über 80-Jährigen von heute knapp sechs auf über neun Millionen sowie der Pflegebedürftigen von vier auf sechs Millionen zu rechnen. [20] Gleichzeitig ist bereits heute von einem Pflegenotstand die Rede und die Lage wird sich weiter zuspitzen: Laut aktuellen Berechnungen werden aufgrund der demografischen Entwicklung im Jahr 2030 in der Langzeitpflege rund 130.000 Pflegekräfte mehr benötigt als noch im Jahr 2017. [21] In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, dass heute gut die Hälfte aller Pflegebedürftigen in Deutschland allein von Angehörigen versorgt wird. [22] Angesichts der sich wandelnden Familien- und Lebensverhältnisse muss zukünftig jedoch mit einem Rückgang auch des familiären Pflegepotenzials gerechnet werden.

Diese Entwicklung stellt den Einzelnen vor erhebliche Herausforderungen, und zwar erstens im mittleren Lebensalter in der Rolle als (potenzielle) Pflegeperson für Angehörige und zweitens im höheren Alter als Mensch, der womöglich selbst auf Pflege angewiesen ist. Wer selbst Angehörige pflegt, steht vor der Frage der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (und ggf. eigener Familie) und hat das Risiko, die eigene Altersvorsorge zu gefährden, wenn zugunsten der Pflege die Erwerbstätigkeit reduziert wird. Wer hingegen nicht selbst pflegen kann oder will bzw. Unterstützung dabei sucht, könnte es angesichts der angespannten

Lage im Pflegesystem in Zukunft noch schwerer haben, professionelle Pflege zu finden oder zu finanzieren.

Für das Individuum ergibt sich in jedem Fall die Notwendigkeit, sich bewusst und möglichst frühzeitig **mit dem Thema Pflege auseinanderzusetzen** und – mit Hilfe existierender Beratungsstellen, wie z.B. den lokalen Pflegestützpunkten – für die eigene Situation als pflegende und später möglicherweise selbst pflegebedürftige Person nach gangbaren Lösungen zu suchen. Besonders mit Blick auf die Pflege sind jedoch auch Politik und Unternehmen gefragt, für die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels Verantwortung zu übernehmen und die Menschen mit geeigneten Maßnahmen zu unterstützen.

Die Bewältigung des demografischen Wandels als gesellschaftliche Aufgabe: Individuum, Unternehmen und Politik in der Pflicht

Die gesellschaftlichen Folgen des demografischen Wandels sind vielfältig. Sie betreffen das Erwerbspersonenpotenzial und in diesem Zusammenhang auch die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, sie zeigen sich massiv im Pflegesystem, aber sie wirken auch auf soziale Strukturen wie Familiensituationen und Formen der Lebensgestaltung. Bisher werden diese Themen in der Politik tendenziell separat voneinander betrachtet und adressiert, was angesichts der Komplexität jedes einzelnen dieser Bereiche nachvollziehbar ist. Allerdings ist eine integrierte Perspektive auf die verschiedenen Bereiche notwendig, um unterschiedliche politische Maßnahmen, die auf die Bewältigung des demografischen Wandels zielen, sinnvoll aufeinander abzustimmen. Denn nur durch die Zusammenschau der verschiedenen Aspekte werden relevante Zusammenhänge und Wechselwirkungen sichtbar, die sonst leicht aus dem Blick geraten – wie zum Beispiel die Spannung zwischen dem Streben nach möglichst hoher Erwerbsbeteiligung aller erwerbsfähigen Gruppen einerseits und der bleibenden oder sogar steigenden Notwendigkeit familiärer Pflegetätigkeiten andererseits.

Beim einzelnen Bürger, der einzelnen Bürgerin laufen die verschiedenen „Fäden“ der demografischen Entwicklung zusammen. Der einzelne Mensch bekommt die Auswirkungen des demografischen Wandels in all ihren Facetten zu spüren – sei es, weil er als Arbeitnehmer:in

womöglich mit einer längeren Lebensarbeitszeit (und/oder einer spärlicheren Rente) rechnen muss; weil er dabei eventuell gleichzeitig als Pflegeperson mit Vereinbarkeitsproblemen konfrontiert ist; weil er als Rentner:in gefordert ist, sinngebende Aktivitäten und soziale Beziehungen (zunehmend auch) außerhalb familiärer Bezüge zu gestalten; und schließlich weil er sich mit Blick auf eine eigene mögliche spätere Pflegebedürftigkeit um die Zugänglichkeit und/oder Finanzierbarkeit einer guten pflegerischen Versorgung bemühen muss.

Die Herausforderungen, die der demografische Wandel für die Menschen mit sich bringt, sind vielfältig, konkret und drängend. Daher sollte als Orientierungshilfe herausgearbeitet werden, welche persönlichen Ressourcen (z.B. bestimmte Fähigkeiten und Einstellungen) der individuellen Bewältigung der demografisch bedingten Anforderungen zuträglich sind und (weiter-)entwickelt werden sollten. Flankierend dazu sollten Empfehlungen erarbeitet werden, wie die Politik, aber auch Unternehmen bzw. Arbeitgeber:innen im Allgemeinen, einerseits solche persönlichen **Ressourcen fördern**, andererseits aber auch mit geeigneten Maßnahmen (z.B. tragfähigen Vereinbarkeitslösungen) **Erleichterungen schaffen** können, sodass die Folgen des demografischen Wandels für den Einzelnen – insbesondere für die Angehörigen benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen – abgefedert werden.

Literatur

- [1] Statistisches Bundesamt (2021), Einfluss demografischer Prozesse auf die Bevölkerungsstruktur, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aspekte/demografie-prozesse-bevoelkerungsstruktur.html> (Abgerufen: 30.07.2021).
- [2] Statistisches Bundesamt (2021): Anteil von Menschen im Rentenalter, die erwerbstätig sind, hat sich binnen 10 Jahren verdoppelt, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/06/PD21_N041_12.html (Abgerufen: 30.07.2021).
- [3] Zu dieser Zäsur siehe ausführlicher: Körber Stiftung (Hg.) (2018), Die Babyboomer gehen in Rente. Was das für die Kommunen bedeutet, https://www.berlin-institut.org/fileadmin/Redaktion/Publicationen/PDF/BI_DieBabyboomerGehenInRente_2018.pdf (Abgerufen: 30.07.2021).
- [4] Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2021), Demografieportal. Altersrentner und

Beitragszahler in der gesetzlichen Rentenversicherung, <https://www.demografieportal.de/DE/Fakten/altersrentner-beitragszahler.html> (Abgerufen: 30.07.2021).

[5] Wissenschaftlicher Beirat beim BMWi (2021), Vorschläge für eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publicationen/Ministerium/Veroeffentlichung-Wissenschaftlicher-Beirat/wissenschaftlicher-beirat-vorschlaege-reform-der-gesetzlichen-rentenversicherung.pdf?__blob=publication-file&v=16 (Abgerufen: 30.07.2021).

[6] Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (2021), Rente mit 70? <https://www.iwd.de/artikel/mit-70-jahren-in-den-ruhestand-513524/> (Abgerufen: 30.07.2021).

[7] Statistisches Bundesamt (2021), Anteil von Menschen im Rentenalter, die erwerbstätig sind, hat sich binnen 10 Jahren verdoppelt, a.a.O.

[8] Ebd.

[9] vdek (2021), Basisdaten des Gesundheitswesens in Deutschland, S. 7, https://www.vdek.com/presse/daten/jcr_content/par/publicationelement_1479644990/file.res/vdek_basisdaten_2020.pdf (Abgerufen: 30.07.2021).

[10] Statistisches Bundesamt (2021), Lebenserwartung und Sterblichkeit, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aspekte/demografie-lebenserwartung.html> (Abgerufen: 30.07.2021).

[11] Statistisches Bundesamt (2021): Durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt bis 2060, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/Tabellen/bevoelkerungsvorausberechnung-lebenserwartung.html;jsessionid=BEA0EA339D73487D6E7432F56535DA64.li ve722#fussnote-1-373588> (Abgerufen: 30.07.2021).

[12] Statistisches Bundesamt (2021), Lebenserwartung und Sterblichkeit, a.a.O.

[13] Vgl. hierzu: Deutsches Institut für Altersvorsorge (2018), Statt bisher drei jetzt vier Lebensphasen, <https://www.dia-vorsorge.de/demografie/statt-bisher-drei-jetzt-vier-lebensphasen/> (Abgerufen: 30.07.2021).

[14] Ausführlicher zu der Thematik eines längeren Lebens als Gestaltungsaufgabe für den Einzelnen siehe Lynda Gratton/Andrew Scott (2018), Morgen werden wir 100. Wie unser langes Leben gelingt, Hamburg: Edition Körber.

[15] Körber-Stiftung (Hg.) (2018), Aufbruch: Gründergeist und soziale Verantwortung, S. 6f., https://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/koerber-stiftung/redaktion/zugabe-preis/pdf/2018/Ergebnisbroschuere_Aufbruch.pdf (Abgerufen: 30.07.2021).

[16] Ebd.

[17] Körber Stiftung (Hg.) (2018), Die Babyboomer gehen in Rente. Was das für die Kommunen bedeutet, a.a.O., S. 2.

- [18] Statistisches Bundesamt (2020), Geburten im Jahr 2020: Bis September 6155 Babys weniger als 2019, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/12/PD20_510_122.html#:~:text=Bei%20Oden%20deutschen%20Frauen%20lag,in%20unserer%20Datenbank%20GENESIS%20Online (Abgerufen: 30.07.2021).
- [19] Katharina Mahne/Oliver Huxhold (2017), Nähe auf Distanz: Bleiben die Beziehungen zwischen älteren Eltern und ihren erwachsenen Kindern trotz wachsender Wohnentfernungen gut? In: Mahne, Katharina et al. (Hg.), Altern im Wandel: zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS), S. 215-230. https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2F978-3-658-12502-8_14.pdf (Abgerufen: 30.07.2021).
- [20] Statista (2020), Anzahl der Pflegebedürftigen und über 80-Jährigen in Deutschland in den Jahren von 2017 bis 2060, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/168254/umfrage/pflegebeduerftige-in-deutschland-seit-2007/> (Abgerufen: 30.07.2021).
- [21] Antje Schwinger/Jürgen Klauber/Chrysanthi Tsiasioti (2020), Pflegepersonal heute und morgen. In: Jacobs, Klaus et al. (Hg.): Pflege-Report 2019. Mehr Personal in der Langzeitpflege – aber woher? Berlin: Springer, 257-311, <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-662-58935-9> (Abgerufen: 30.07.2021).
- [22] Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2021), Potenzielle sozialer Innovationen in der ambulanten Langzeitpflege, S. 12, <https://www.bertelsmannstiftung.de/de/publikationen/publikation/did/potenziale-sozialer-innovationen-in-der-ambulanten-langzeitpflege-all> (Abgerufen: 30.07.2021).

Adresse | Kontakt

Dr. Ulrike Spohn

Project Manager

Programm Megatrends

Bertelsmann Stiftung

Telefon: 05241 81-81398

E-Mail: ulrike.spohn@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de